



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 27. FEBRUAR 2019



BÜRGERSCHAFT GEDENKT CHRISTIAN WEBER MIT SCHWEIGEMINUTE

Der Landtag hat heute seine erste Sitzung nach dem Tod von Bürgerschaftspräsident Christian Weber am 12. Februar mit einer Schweigeminute begonnen.

„Das Amt des Präsidenten war Christian Webers Lebensaufgabe, und er hat seine Pflicht geradlinig, aufrichtig und mit Würde und Respekt ausgeführt“, erinnerte Bürgerschaftsvizepräsidentin Sülmez Dogan an den SPD-Politiker. Die wenigsten Abgeordneten würden die Bürgerschaft ohne Weber kennen, der seit 1990 Abgeordneter und die vergangenen knapp 20 Jahre Parlamentspräsident war.



Christian Weber habe seinen Auftrag mit großem Pflichtbewusstsein wahrgenommen. Egal, ob es ihm gut oder schlecht gegangen sei. Zudem habe Weber das Parlament für alle Bremerinnen und Bremer geöffnet und es lebendig gemacht. Er sei ein Kämpfer für die Demokratie und ein Politiker zum anfassen gewesen. Er wird Bremen fehlen.

Foto: Bremische Bürgerschaft

HOCHSCHULEN IN BREMEN UND BREMERHAVEN WERDEN GESTÄRKT

Mehr Studienplätze, neue innovative Studienangebote, mehr Arbeitsplätze für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und eine engere Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – das sind die zentralen Inhalte des Wissenschaftsplans 2025, der heute in der Bürgerschaft debattiert wurde.

„Der Wissenschaftsplan 2025 ist ein klares Bekenntnis zum Wissenschaftsstandort Bremen und wird diesen deutlich stärken. Denn er sieht eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel vor. Und er macht noch einmal ganz deutlich: Die Universität und die Hochschulen mit ihren rund 38.000 Studierenden sind wichtige Impulsgeber für das Land Bremen und seine beiden Städte“, sagte der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, am Rande der Bürgerchaftsdebatte. Um bis zu 190 Millionen Euro könnte die Grundausstattung der

Hochschulen im Land Bremen steigen. Für Gottschalk ist dies ein wichtiges Signal, damit die Hochschulen ihre ambitionierten Ziele in Forschung und Lehre erreichen können.

Gottschalk betonte dabei, dass insbesondere die Lehre noch weiter verbessert werden soll: „Sie wird davon profitieren, dass der akademische Mittelbau ausgebaut und verstärkt werden soll. Dabei ist



Arno Gottschalk

die nachhaltige Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ebenso im neuen Wissenschaftsplan verankert, wie das Ziel guter Beschäftigungsverhältnisse an den Wissenschaftseinrichtungen.“ Nicht

zuletzt sei dieser Ausbau unerlässlich für ein weiteres Ziel, das ebenfalls im Plan verankert sei: „Wir wollen die Studierendenzahl steigern. Dazu braucht es mehr Personal in der Lehre. Und dazu braucht es auch Investitionen in die Gebäude und die Infrastruktur. Auch diese sind im Wissenschaftsplan enthalten.“

Daneben sehe der Wissenschaftsplan unter anderem neue innovative Studienangebote, eine Erhöhung des Frauenanteils an den Professuren oder auch eine Sicherung und einen Ausbau der Forschungsexzellenz an der Universität vor. Zudem sei eine gezielte Förderung von Kooperationen zwischen Wissenschaftseinrichtungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorgesehen. Gottschalk: „Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft können voneinander profitieren. Solche Kooperationen können die Innovationskraft in Bremen und Bremerhaven maßgeblich stärken.“

BEITRAGSFREI AB DREI: BÜRGERSCHAFT SCHAFFT KITA-GEBÜHREN AB

Die Bürgerschaft hat heute endgültig den Weg dafür frei gemacht, dass Eltern von Kindern ab drei Jahren ab dem 1. August 2019 in Bremen und Bremerhaven für eine achtstündige Betreuung keine Kita-Beiträge mehr zahlen müssen. Ohne Debatte beschloss das Parlament eine entsprechende Gesetzesänderung.

„Damit haben wir als SPD-Fraktion unser Ziel erreicht und senden ein wichtiges Signal nach Bremen und Bremerhaven aus. Das ist ein großer Erfolg“, erklärte Mustafa Güngör, Sprecher für Kinder und Bildung der SPD-Fraktion, am Rande der Bürgerschaftssitzung. Er betonte zudem, dass Bremen sich mit seiner Regelung an Niedersachsen orientiere und nicht an Hamburg, wo es weniger beitragsfreie Betreuungsstunden gebe. „Das ist aus unserer Sicht sinnvoll, um wirklich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Der Bildungsbericht 2018 zeigt einen Anstieg an Erwerbstätigkeit von beiden Elternteilen, sowohl in Vollzeit als auch in einer Teilzeitbeschäftigung. Genau diese Familien wollen wir mit der Beitragsfreiheit entlasten“, so der Sozialdemokrat.

„Mit der Beitragsfreiheit unterstützen wir Familien mit einem durchschnittlichen Einkommen und wollen junge Familien in Bremen und Bremerhaven halten oder zum Hierherziehen motivieren. Zudem können wir dadurch viele weitere Eltern davon über-



Mustafa Güngör



zeugen, ihr Kind in eine Kita zu schicken, gerade weil dort die Grundlagen für gute Bildung gelegt werden“, erklärte Güngör abschließend und betonte: „Die Beitragsfreiheit wird nicht auf Kosten anderer Ziele in der Kinderbetreuung erreicht. Die Qualität der Betreuung soll keinesfalls

sinken, sondern im Gegenteil steigen. Sowohl die Schaffung weiterer, zusätzlicher Kita-Plätze, als auch die Investitionen in die Qualität der Betreuung werden viele weitere Millionen kosten. Aber jeder Euro, den wir hier investieren, ist gut angelegt!“

ANTRAG **EUROPA SOZIAL GESTALTEN!**



„Der EU-Binnenmarkt ist eine der größten Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses“, sagte die europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Antje Grotheer, heute in der Bürgerschaft. Doch müsse die Wirtschafts- und Währungsunion um eine soziale Dimension ergänzt werden. Die Bürgerschaft hat daher heute einen von der SPD-Fraktion initiierten Antrag beschlossen, der eine Stärkung der sogenannten Säule der sozialen Rechte der Europäischen Union zum Ziel hat.

Mit dieser Säule hatten sich die Mitgliedsstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament verpflichtet, dieser sozialen Dimension größeres Gewicht zu verleihen. „Sie leistet einen wichtigen Beitrag, um im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik einheitliche Prinzipien und Standards zu Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, fairen



Antje Grotheer

Arbeitsbedingungen und Sozialschutz zu definieren. Sie hat damit Signalwirkung“, sagte Grotheer.

Gleichwohl sei die konkrete Umsetzung dieses politischen Ziels derzeit noch offen. „Umso

wichtiger ist es, den Umsetzungsprozess weiter zu beleben und konkrete Taten folgen zu lassen“, so die Sozialdemokratin. Die Bürgerschaft hat daher heute auf Initiative der SPD-Fraktion einen Antrag beschlossen, der Schwerpunkte benennt, für die der Senat sich auf Bundes- und Europaebene einsetzen soll.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sei die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Tätigkeit am gleichen Ort“ als Mittel gegen Dumpinglöhne ebenso ein zentraler Aspekt wie die Schaffung einer europäischen Arbeitsbehörde zur Durchsetzung der arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen der EU, erklärte Grotheer. Weitere Punkte seien der Zugang zu allen Zweigen der sozialen Sicherungssystemen wie Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung für alle Arbeitnehmerinnen,

Arbeitnehmer und Selbstständige sowie die Anknüpfung öffentlicher Aufträge an die Tarifbindung. „Außerdem dürfen aus unserer Sicht Vergütungen nach Tarif nicht durch geschützte Wettbewerbspositionen konkurrierender Billiganbieter ausgehebelt werden“, so Grotheer.

Dies könnten aber nur erste Schritte sein, sagte Grotheer abschließend. „Das mittelfristige Ziel muss es sein, dass die sozialen Grundrechte den gleichen Rang wie die Freizügigkeitsrechte des Binnenmarktes erhalten – um gleiche Standards zu sichern, Ausbeutung zu verhindern und gute Lebensbedingungen europaweit sicherzustellen.“

> Antrag: Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!
http://tiny.cc/soziale_saeule

DEBATTE **KLARES BEKENNTNIS ZUM OFFSHORE-TERMINAL BREMERHAVEN**

Die SPD-Fraktion steht zum Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB). Das stellte der Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordnete Frank Schildt heute anlässlich einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft noch einmal unmissverständlich klar.

„Der OTB hat eine große Bedeutung, wenn wir in Deutschland unsere Klimaziele erreichen wollen und es mit dem Kohleausstieg ernst meinen. Deswegen halten wir als SPD-Fraktion an diesem langfristigen Projekt fest“, sagte Schildt. „Denn klar ist auch: Der OTB hat ebenfalls eine große Bedeutung für das Land Bremen

und insbesondere für Bremerhaven als Wirtschaftsstandort. Denn durch den OTB können Arbeitsplätze erhalten werden oder neu entstehen.“



Frank Schildt

Der Sozialdemokrat ging auch auf das Urteil des Bremer Verwaltungsgerichts ein. Dieses habe den Planfeststellungsbeschluss zwar beanstandet,

zugleich aber auch betont, dass die Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt haben, in ergänzenden Verfahren heilbar seien. Ein gutes Signal sei zudem, dass das Gericht die Planungen für den OTB als grundsätzlich gerechtfertigt beurteilt habe, also anerkannt habe, dass es gute Gründe für dessen Bau gebe.

„Der OTB wird also auch für die nächste Regierung ein wichtiges Thema bleiben“, erklärte Schildt abschließend und betonte: „Investitionen in unsere Häfen sind immer Investitionen in die Zukunft. Daran halten wir als SPD-Fraktion fest.“



ANTRAG ELEKTRONISCHE UND GEDRUCKTE BÜCHER STEUERLICH GLEICHSTELLEN!

„Egal ob gedruckt oder als E-Book: Bücher sind Kulturgut und müssen auch Menschen mit kleinem Geldbeutel zugänglich sein“, erklärte die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, heute in der Bürgerschaft. Während gedruckte Bücher und Zeitschriften unter den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent fielen, seien E-Books noch immer davon ausgenommen. Damit nun auch das Steuerrecht endlich mit der Digitalisierung Schritt hält, soll der Bremer Senat sich im Bund dafür einsetzen, dass gedruckte Bücher und E-Books umsatzsteuerlich gleichgestellt werden. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft heute einen entsprechenden Antrag beschlossen.

„Das bisherige System der ermäßigten Umsatzsteuersätze ist in vielen Fällen willkürlich, wie das vorliegende Beispiel eindrücklich zeigt“, erklärte Dehne. Außer-

dem belasteten indirekte Steuern wie die Umsatzsteuer Menschen mit geringerem Einkommen höher, da diese anteilig mehr ihres verfügbaren Einkommens aufwenden müssten, um diese Steuern zu entrichten. „Leider sind bisher alle Versuche einer umfassenden sozialen Reform des Umsatzsteuerrechts gescheitert. Hiervon unabhängig bleibt es aber die Aufgabe der Politik, widersinnige Einzelregelungen zu reduzieren“, bekräftigte die Sozialdemokratin.

So gelte für Tonträger und sogenannte „ähnliche Aufzeichnungsträger“ seit dem 1. Januar 2015 bereits der ermäßigte Umsatzsteuersatz, erklärte Dehne und ergänzte: „Wer heute also ein und dasselbe Buch in gedruckter Form oder als Hörbuch erwirbt, der zahlt jeweils nur den ermäßigten Steuersatz. Wer das Buch jedoch als E-Book kauft, muss tiefer ins Portemonnaie greifen.“ Es sei unverständlich, dass diese

Ungleichbehandlung nicht schon beendet wurde, zumal die EU unlängst den Weg für die Einführung eines ermäßigten Umsatzsteuersatzes für E-Books in den Mitgliedstaaten frei gemacht habe.

„Mit dieser steuerlichen Besserstellung von E-Books verbinden wir natürlich auch die Erwartung, dass die Verlage diese Absenkung auch an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben werden“, schloss Dehne.

> **Antrag: Umsatzsteuerliche Gleichstellung von gedruckten Büchern und E-Books**
http://tiny.cc/steuer_auf_e-books



Steffi Dehne

ANFRAGE MEHR GESUNDHEITSSCHUTZ UND PRÄVENTION DURCH DRUGCHECKING?

„Auch Menschen, die Drogen nehmen, haben ein Recht auf Schutz und Gesundheitsförderung“, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, heute in der Bürgerschaft. Dazu könne das „Drugchecking“ – also die Prüfung von auf dem Schwarzmarkt gehandelten psychoaktiven Substanzen – einen Beitrag leisten. „Mit diesen Informationen könnten Konsumierende gewarnt und ihr Bewusstsein für die Risiken, die mit dem Konsum von Substanzen mit unbekannter Zusammensetzung verbunden sind, erhöht werden“, so die Gesundheitspolitikerin.

Die Einführung des „Drugcheckings“ sei in der Bundesrepublik aufgrund des dabei erforderlichen Umgangs mit illegalen

Substanzen weiterhin mit großen Unsicherheiten behaftet und werde bisher nicht umgesetzt. Gleichzeitig halte der überwiegende Teil der befragten Bremer Einrichtungen „die Einführung eines ‚Drugcheckings‘ in enger Anbindung an das Drogenhilfesystem für sinnvoll und geboten“, zitierte Dehne aus der Antwort des Senats auf die Anfrage der rot-grünen Koalition.

„Es gibt Produktkontrollen aller Art – für Spielzeuge, Haartrockner, Lebensmittel, Trinkwasser“, so Dehne und ergänzt: „Dabei geht es immer darum, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und Schäden abzuwenden. Bei Drogen machen wir das nicht.“ Dabei enthielten die Substanzen, die auf der Straße angeboten werden,

oft hohe Anteile an Streckstoffen, durch die leicht weitere schwere Gesundheitsschäden entstehen könnten. „In der Logik der Gegner des ‚Drugchecking‘ sollen die Konsumierenden sich nicht wundern, wenn sie kollabieren oder sogar sterben. Schließlich seien sie selbst schuld, dass sie illegale Substanzen konsumieren. Dieses Menschenbild dürfen wir uns nicht zu eigen machen. Dagegen begrüße ich den Vorschlag, einen Fachtag von Expertinnen und Experten auszurichten, um die Rahmenbedingungen von ‚Drugchecking‘ zu klären“, erklärte Dehne abschließend.

> **Große Anfrage: Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?**
Antwort des Senats:
<http://tiny.cc/drugchecking>